

Bürgerversicherung versus Pauschalprämienmodell



Dr. Klaus Ottmann,
Vizepräsident der
BLÄK

Das heutige System der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stößt längst an seine Grenzen, wenn es nicht schon als gescheitert angesehen werden muss. Eine grundlegende Neuerung der Finanzierung unseres Gesundheitswesens ist dringend nötig. Dies ist auch von politischer Seite als Handlungspriorität längst erkannt.

Die einzelnen Ärztinnen und Ärzte verhalten sich derzeit auffallend passiv in der öffentlichen Diskussion, obwohl unsere Existenz gravierend von der zukünftigen Entwicklung abhängig sein wird. Ob wir wollen oder nicht, werden wir als Meinungsbildner im ärztlichen Alltag sowieso in die Diskussion hineingezogen, sodass eine intensive Beschäftigung mit den zurzeit bekannten Reformmodellen unerlässlich ist.

Es zeichnet sich jetzt schon ab, dass die Zukunft unseres Gesundheitswesens ein bestimmendes Thema im Wahljahr 2006 sein wird. Hinzu kommt das Jahr 2007, das bereits heute als so genanntes „Schaltjahr“ im Gesundheitswesen festgelegt ist, da dann die alleinige Vergütung der Krankenhäuser über DRG, die Aufhebung der sektoralen Budgets mit gleichzeitiger Einführung morbiditätsbezogener Regelleistungsvolumina im ambulanten Bereich die bestimmenden Finanzgrößen sein werden.

Es geht aber nicht nur um die Finanzierung, gleichzeitig wird die Diskussion über die Leistungsdichte der ärztlichen Versorgung, dem obligaten Katalog der Leistungen der GKV, geführt werden müssen. Die Selbstverantwortung der Bürger, schon jetzt durch das GMG angestoßen, muss weiter motiviert werden, ganz besonders im Bereich der Prävention.

Es stehen gegenwärtig zwei Versicherungsmodelle in der Diskussion, wobei gewisse Modifikationen selbstverständlich noch erfolgen werden. Auf der einen Seite steht die Ideologie des

allumfassenden Sozialstaates, auf der anderen die vielfach beschworene Selbstverantwortung des mündigen Bürgers zur Diskussion: Bürgerversicherung versus Kopfpauschale.

So gravierend die zukünftigen Veränderungen auch sein werden, so auffällig ist, dass seit Wochen offensichtlich die Politik vorsätzlich Auseinandersetzungen zu diesem Thema aus dem Weg geht. Wer spricht zurzeit noch von Rürup-, Herzog- oder Lauterbachmodellen? Das kann kein Zufall sein, ich bin mir sicher, das ist die Ruhe vor dem Sturm. Beide Konzepte stehen so konträr zueinander, sind ideologisch unterfüttert und stellen ganz natürlich das Selbstverständnis des Bürgers zum Staat in Frage. In diesem Leitartikel können nicht sämtliche Facetten der notwendigen grundsätzlichen Reformen ausgebreitet werden. Hierzu bedarf es einer weiterführenden Diskussion. Aber sensibilisieren möchte ich Sie bereits heute und Sie mit der Problematik direkt konfrontieren.

Weite Teile der Regierungsparteien haben sich bereits für die Neuorientierung der Finanzierung der Krankenversicherung durch eine Bürgerversicherung ausgesprochen. Diese beruht auf der Erweiterung der Bemessungsgrundlage für die Versicherungsbeiträge. Annähernd alle Bürger (Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, Beamte, Selbstständige) werden in diese Versicherung einbezogen. Dies führt zwangsläufig zu einer Einheitsversicherung ohne wesentliche Akzente des Wettbewerbes. Gleichzeitig wird die Private Krankenversicherung mit ihren deutlich besseren Kapitaldeckungsverfahren zu einer reinen Zusatzversicherung reduziert. Der gravierendste Nachteil hingegen ist, dass die paritätische Finanzierung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer beibehalten wird und somit die Krankenversicherung direkt vom Wirtschaftsgeschehen in unserem Land weiterhin abhängig bleibt. Die Beiträge, somit die Lohnzusatzkosten, werden eher steigen, sodass weiterhin eine Vernichtung der Arbeitsplätze droht. Außerdem wird der demographischen Entwicklung durch dieses Versicherungsmodell nicht Rechnung getragen.

Hingegen entkoppelt das Pauschalprämienmodell die Krankenversicherung vom Lohn und damit von den wirtschaftlichen Risiken im Land. Jeder Erwachsene soll ganz individuell

eine einheitliche Versicherungsprämie zahlen, im Durchschnitt sind dies rund 200 Euro pro Monat. Der bisherige Arbeitgeberanteil wird als einmalige Lohnerhöhung auf das Bruttogehalt addiert. Selbstverständlich müssen mit dieser Finanzierung überforderte Haushalte einen steuerfinanzierten Prämienzuschuss erhalten. Wesentlich erscheinen mir der verschärfte Wettbewerb der Krankenversicherung untereinander und eine relative Gleichstellung der GKV mit den Privatversicherungen. Damit würden auch die permanenten staatlichen Eingriffe zu Lasten der GKV (Stichwort: Verschiebehahn) nur noch eingeschränkt möglich sein.

Entscheidend ist, dass die Grundsätze einer solidarischen Krankenversicherung bei beiden Modellen erhalten bleiben. Eine Konzentration des Leistungskataloges auf die medizinisch notwendige Versorgung ist durch Auslagerung versicherungsfremder Leistungen sowieso unerlässlich. Eine Stärkung der Eigenverantwortung der Versicherten und Patienten durch eine verbesserte Information über einheitliche und spürbare Kostenbeteiligung sowie die Ausgrenzung von Schadensrisiken, die in direkter privater Verantwortung liegen, müssen angestrebt werden.

Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft hat ein Reformmodell auf der Basis des Pauschalprämienmodells erarbeitet, das unser Gesundheitswesen sozial gerechter, effizienter und wirtschaftlicher macht. Der Verband der Freien Berufe in Bayern, in dem wir Ärzte die größte Gruppe sind, hat sich eindeutig für ein modifiziertes Prämienmodell ausgesprochen. Informationsmaterial hierzu kann über die Bayerische Landesärztekammer, Präsidentensekretariat (Telefon 089 4147-260), angefordert werden. Wer in der Ärzteschaft nach weniger staatlicher Bevormundung und nach mehr Selbstverantwortung der Bürger ruft, muss sich eigentlich konsequenterweise für das Prämienmodell entscheiden und einsetzen.

Wir als Ärzteschaft werden Position beziehen müssen, das so oft geübte politische Abtauchen hilft uns nicht mehr weiter. Wenn wir den Anspruch aufrechterhalten wollen, die Interessen unserer Patienten im Bereich der medizinischen Versorgung zu vertreten, ist auch eine persönliche Entscheidung notwendig.